# BESCHLUSS

| | |
|---|---|
| Gremium: | Bundeskongress |
| Beschlussdatum: | 24.10.2026 |
| Tagesordnungspunkt: | 9.2. Ordentliche Anträge |

## A22: Abschlusserklärung des 25. DFG-VK Bundeskongresses im Oktober 2026 in Stuttgart

### Antragstext

## Friedensfähig statt kriegstüchtig!

Soziale Sicherheit und Klimaschutz statt Aufrüstungswahn!

Ungebremst strebt die Bundesregierung die Steigerung der Rüstungsausgaben auf 3,5 % der Wirtschaftsleistung an, ergänzt durch 1,5% für Infrastrukturmaßnahmen, die ebenfalls dem Militär zugutekommen sollen. Für das kommende Jahr sind Ausgaben von 140 Mrd. Euro für Rüstung und Militär vorgesehen, eine Vervierfachung des Wertes von vor 10 Jahren! Diese Ausgaben werden zu einem hohen Anteil durch Schulden finanziert. Die massive Ausweitung der Militärausgaben verschärft die Verteilungskonflikte um öffentliche Mittel. Während für Rüstung neue finanzielle Spielräume geschaffen werden, wird bei sozialer Sicherung, Bildung, Gesundheit, Wohnen und Klimaschutz weiter deutlich gekürzt. Schon jetzt gelten 13 Millionen Menschen in Deutschland als armutsgefährdet. Das Ziel der Regierung, die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee in Europa zu machen, wird zu Lasten der Schwächsten in der Gesellschaft erkauft.

Wir sagen deutlich: Aufrüstung schafft keine Sicherheit und verhindert keinen

Krieg. Im Gegenteil erhöht ein unkontrolliertes Wettrüsten die Kriegsgefahr. Schon heute geben die NATO-Staaten zehnmal so viel Geld für das Militär aus wie Russland. Die Greenpeace-Studie von 2024 sowie ihre Aktualisierung von 2026 haben deutlich aufgezeigt, dass in allen Waffengattungen schon allein die europäischen NATO-Staaten Russland deutlich überlegen sind. Selbst aus militärischer Sicht ist also der aktuelle Hochrüstungskurs der NATO mit Verteidigungsnotwendigkeiten und der Mär der „Abschreckung“ nicht zu begründen. Umso mehr wenden wir uns als Pazifisten dagegen, Unsummen an Geld und immer größere Ressourcen an Material und Arbeitskraft in todbringende Waffenproduktion zu investieren. Zugleich gehört das Militär selbst zu den großen Verbrauchern fossiler Energien und Ressourcen. Diese Ressourcen fehlen nicht nur im Inneren sondern auch global bei der Bekämpfung von Hunger, Krankheiten und der Klimawandel.

Der Jugend eine Zukunft: Wehrpflicht verhindern, Kriegsdienste verweigern!

Das Wehrdienstmodernisierungsgesetz vom Dezember 2025 hat den Weg zur Wiedereinsetzung der Wehrpflicht bereitet. Zwangserfassung und –musterung aller 18-jährigen sind bereits der Einstieg in die Kriegsdienstpflicht. Werden voraussehbar die selbstgesteckten Personalziele der Regierung nicht erreicht, droht zumindest eine sogenannte Bedarfswehrpflicht per Losverfahren oder ähnlicher Auswahlverfahren. Dagegen hat sich eine neue Jugendbewegung gebildet, die mit Schulstreikaktionen deutlich gemacht hat, dass viele junge Menschen keine Lust haben, sich für einen neuen Krieg rekrutieren zu lassen und lieber selbst darüber bestimmen wollen, wie sie leben und welchen Beitrag sie zur Gesellschaft leisten. Wir unterstützen diese Aktionen gegen eine neue Wehrpflicht und stellen fest: In einem demokratischen Staat sollte kein Mensch gezwungen werden, andere Menschen im Krieg zu töten!
Auch mit dem Reservestärkungsgesetz sollen Reservist*innen wieder verstärkt zu Militärübungen eingezogen werden, dies ist erneut ein dramatischer Eingriff in die eigene Freiheit und Selbstbestimmung. Schon jetzt steigen die Zahlen der Zivilist*innen und Reservist*innen, die vorbeugend den Kriegsdienst verweigern von Jahr zu Jahr. Auch sie zeugen von dem Unwillen der Menschen, in den Krieg zu ziehen. Und sie sind ein politisches Zeichen an die Regierung: Wir trauen Euch nicht, wir nehmen unser grundgesetzlich garantiertes Recht auf Verweigerung schon jetzt in Anspruch. Die DFG-VK hat eine umfassende Erfahrung mit der Beratung und Unterstützung von Kriegsdienstverweiger*innen. In den letzten Monaten sind durch ehrenamtliches Engagement zahlreiche lokale Beratungsangebote neu geschaffen worden, auf Bundes- und Landesebene finden Ratsuchende Hilfe im Internet unter verweigern.info. Diese Angebote werden wir aktualisieren, ausbauen und weiterentwickeln, wenn die Wehrpflicht reaktiviert werden sollte. Wir wollen keinen Dienstzwang, weder für Soldat*innen noch für Zivildienstleistende. Gemeinsam mit den Sozialverbänden weisen wir darauf hin, dass Kriegsdienstverweiger*innen keine Lückenbüßer für ein kaputtgespartes

Sozialsystem sind. Wir begrüßen attraktive und solide finanzierte freiwillige zivile Dienste im verschiedenen Gesellschaftsbereichen und sagen nein zu jedem Zwangsdienst.

Unser Einsatz für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung endet nicht an deutschen Grenzen. Wir stehen solidarisch an der Seite von Kriegsdienstverweiger*innen, Deserteur*innen und anderen Menschen, die sich in Russland, der Ukraine, Belarus, Israel und anderen Staaten dem Kriegsdienst entziehen. Niemand darf gezwungen werden, gegen sein Gewissen zu töten. Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen brauchen Schutz und sichere Aufnahme – unabhängig davon, auf welcher Seite eines Krieges sie den Dienst an der Waffe verweigern.

Rechtstrend und Militarisierung entgegentreten!

Die Rechtsentwicklung in Deutschland schreitet voran. Die jüngsten Wahlerfolge der AfD belegen, dass eine zunehmende Zahl von Wähler*innen die völkischen Positionen der Partei teilen oder sie zumindest hinnehmen. Gleiches gilt für den militärfreundlichen Kurs der Partei, den diese durch ihre ablehnende Haltung zum Ukrainekrieg zu bemänteln versucht. Wir unterstreichen den Beschluss unseres 22. Bundeskongresses in Frankfurt am Main von 2019: Eine Mitgliedschaft in unserem Verband ist mit einer in der AfD nicht vereinbar!
Gleichzeitig beobachten wir, dass die bürgerlichen Parteien sich Positionen der AfD zu eigen machen und z.B. das Recht auf Asyl immer weiter einschränken. Die politische Rechte steht für Nationalismus, Militarismus und Menschenfeindlichkeit. Frieden ist mit ihr nicht zu machen. Auch hier wirkt sich der Rechtstrend auf die Positionen der bürgerlichen Parteien aus. Die bürgerlichen Parteien inklusive der Grünen und der Sozialdemokratischen Partei propagieren Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Wir wenden uns gegen Feindbilder, wie z.B. Russland, und gegen die Missachtung der Menschenrechte und des Völkerrechts durch die Regierungen der USA, Israels und Russlands sowie in Palästina, im Iran und der Ukraine.Völkerrecht und Menschenrechte müssen universell gelten. Der Militarismus mit seiner Durchdringung immer weiterer Bereiche der Gesellschaft durch den Operationsplan Deutschland, mit der staatliche Förderung der Rüstungsindustrie und den Plänen zur Wiedereinführung der Wehrpflicht schreitet voran.

Antimilitarismus und Antifaschismus gehören für uns zusammen. Nationalismus, die Abwertung anderer Menschen und die Vorstellung, politische Konflikte durch militärische Stärke lösen zu können, stehen einer solidarischen und friedlichen Gesellschaft, für die sich die Mitglieder der DFG-VK engagieren, entgegen.

Konflikte zivil bearbeiten, für Rüstungskontrolle, Diplomatie und Soziale

Verteidigung!

Die DFG-VK fordert eine pazifistische Wende der Außen- und Sicherheitspolitik! Die herrschende Sicherheitslogik führt zu Aufrüstung und steigender Kriegsgefahr. Konflikte müssen im Sinne einer Friedenslogik frühzeitig erkannt und mit diplomatischen und zivilen Mitteln bearbeitet werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, diplomatische Initiativen, Vermittlungsangebote und Verhandlungen aktiv zu unterstützen. Waffenstillstände, humanitäre Hilfe und der Schutz der Zivilbevölkerung müssen Vorrang vor einer weiteren militärischen Eskalation haben. In diesem Zuge fordern wir die Beendigung des Ukrainekriegs auf dem Verhandlungsweg sowie ein Ende der militärischen Gewalt im Nahen und Mittleren Osten. Diplomatie muss wieder einen höheren Stellenwert bekommen. Notwendig sind Investitionen in Zivile Konfliktbearbeitung und Soziale Verteidigung, sowie vertrauensbildende Maßnahmen, neue Initiativen für konventionelle, nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle und langfristig gemeinsame Sicherheit. Deutschland muss sich für die Wiederbelebung einer europäischen Sicherheitsordnung einsetzen, die nicht auf Abschreckung und militärischer Überlegenheit beruht. Wir lehnen die Forderung nach einer europäischen Atombombe ab. Die Bundesregierung muss dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten und den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland vorantreiben. Daher muss der aktuell von vielen Staaten – auch von Deutschland – beschrittene politische Konfrontationskurs der Unterstützung von Krieg durch Waffenlieferung und Finanzierung von Kriegsparteien dringend beendet werden: Statt die Gesellschaft „kriegstüchtig“ zu machen braucht es eine Zeitenwende hin zur Friedensfähigkeit.

Friedensfähigkeit bedeutet für uns, Konflikte zu bearbeiten, bevor Gewalt entsteht; Diplomatie zu stärken statt Gesprächskanäle abzubrechen; abzurüsten statt immer neue Rüstungsziele auszurufen; Menschen zu schützen statt Grenzen und Machtansprüche militärisch durchzusetzen und sich aktiv für eine gemeinsame Zukunft ohne Krieg, Nationalismus und Militarismus einzusetzen.

Entsprechend unserer Grundsatzerklärung sind wir daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten!